



Statuten des Vereins

Austrian Virtual Airlines – Verein zum Betrieb virtueller Fluglinien

Die rechtlich verbindliche Version der Statuten des Vereins „Austrian Virtual Airlines – Verein zum Betrieb virtueller Fluglinien“ findet sich auf Seiten 2 bis 11 dieses PDF-Dokuments.

By-laws of the association

Austrian Virtual Airlines – Verein zum Betrieb virtueller Fluglinien

The sole authentic version of the by-laws of the association „Austrian Virtual Airlines – Verein zum Betrieb virtueller Fluglinien“ is to be found on pages 2 to 11 of the present PDF document. An informal translation into English language is to be found on pages 12 to 21.

Statuten des Vereins

Austrian Virtual Airlines – Verein zum Betrieb virtueller Fluglinien

(Statuten)

1. Abschnitt

Allgemeines

Name, Sitz, Tätigkeitsbereich, Rechnungsjahr, Sonstiges

§ 1. (1) Der Verein führt den Namen „Austrian Virtual Airlines – Verein zum Betrieb virtueller Fluglinien“ (im Folgenden: Verein).

(2) Der Verein hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Tätigkeit auf ganz Österreich, sowie in Einzelfällen auf die ganze Welt.

(3) Die Errichtung von Zweigvereinen ist nicht beabsichtigt.

(4) Der Verein legt als sein Rechnungsjahr den Zeitraum von 1. Jänner bis 31. Dezember desselben Jahres fest.

(5) Soweit in den Statuten auf Bestimmungen von Bundesgesetzen verwiesen wird, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Zweck

§ 2. Der Verein, der nicht auf Gewinn berechnet ist, bezweckt den Aufbau, den Betrieb und die Weiterentwicklung einer oder mehrerer virtueller Fluglinien. Bei einer virtuellen Fluglinie im Rahmen der Statuten handelt es sich um eine Plattform, über die Personen den Betrieb einer Fluglinie nachbilden und simulieren. Insbesondere bezweckt der Verein die Nachbildung und Simulation des Betriebes der Fluglinien der Austrian Airlines AG. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Simulation des Flugbetriebes mittels Flugsimulationssoftware auf dem Computer. Die Ausgestaltung der Plattform obliegt dem Verein.

Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

§ 3. (1) Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden. Die angeführten Mittel sind weder zwingend kumulativ noch notwendigerweise erschöpfend zu verstehen.

(2) Als ideelle Mittel dienen:

1. Betrieb einer Informations- und Austauschplattform im Internet (Website, Forum);
2. Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere zur statistischen Aufbereitung, zur Offenlegung und zum Vergleichen zwischen Vereinsmitgliedern;
3. Bewerben des Onlinefliegens über das VATSIM-Netzwerk;
4. Festlegung von Vorgaben (Regeln) für den Betrieb der virtuellen Fluglinie oder Fluglinien;

5. Zurverfügungstellung von notwendigen Mitteln zum Betrieb der virtuellen Fluglinie oder Fluglinien (Flugpläne, Konfigurationsdateien für Programme);
6. Zurverfügungstellung von Wissensressourcen (Wiki, Handbücher);
7. Hilfestellungen über verschiedene Plattformen (Helpdesk, Forum);
8. Organisation von Veranstaltungen (informelle Vereinstreffen, Führungen).

(3) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch:

1. Zuwendungen und Spenden;
2. Erbschaften;
3. leihweise Überlassung von Gütern;
4. Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge.

2. Abschnitt

Mitgliedschaft

Arten der Mitgliedschaft

§ 4. (1) Die Mitglieder des Vereins (im Folgenden: Vereinsmitglieder) gliedern sich in

1. ordentliche Mitglieder;
2. außerordentliche Mitglieder;
3. Ehrenmitglieder.

(2) Ordentliche Mitglieder sind solche, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen und keine Ehrenmitglieder sind. Außerordentliche Mitglieder sind solche, die sich auf einer oder mehreren Plattformen des Vereins registrieren und keine ordentlichen Mitglieder oder Ehrenmitglieder sind. Ehrenmitglieder sind Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden.

Erwerb der Mitgliedschaft

§ 5. (1) Ordentliche Mitglieder und außerordentliche Mitglieder können nur natürliche Personen werden, die darüber hinaus folgende Vorgaben erfüllen:

1. Bekundung des Willens zum Beitritt auf einer Internetplattform des Vereins durch Registrierung (Bekanntgabe von Daten) und
2. Besitz und Bekanntgabe einer gültigen E-Mail-Adresse und
3. Zustimmung zu den und Befolgung der Statuten, Datenschutzbestimmungen, Nutzungsbedingungen der Vereinswebsites, Beschlüsse der Vereinsorgane, sowie sonstigen festgelegten Vorgaben und Anweisungen des Vereins und der nach § 12 Abs. 1 Z 9 ernannten Personen und
4. Entrichtung der nach § 10 Z 5 von der Generalversammlung festgesetzten Beitrittsgebühren.

(2) Es gelten die Bedingungen des § 12 Abs. 1 Z 7 und 9, Abs. 2 und 3. Die Aufnahme und etwaige Neufestlegungen der Art der Mitgliedschaft können ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

(3) Die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft kann auf Antrag jedes Vereinsmitglieds gemäß § 10 Z 6 durch die Generalversammlung erfolgen.

(4) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann gemäß § 12 Abs. 1 Z 5 in Verbindung mit § 10 Z 6 auf Antrag der Vorstands durch die Generalversammlung erfolgen. Natürliche Personen, deren Ehrenmitgliedschaft aberkannt wird, die ansonsten jedoch die Vorgaben des § 5 Abs. 1 Z 1 bis 3 erfüllen und die Einrichtungen des Vereins beanspruchen wollen, werden automatisch außerordentliches Mitglied.

Beendigung der Mitgliedschaft

§ 6. (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch

1. Tod oder Verlust der Rechtspersönlichkeit oder
2. freiwilligen Austritt nach Abs. 2 oder
3. Ausschluss nach Abs. 3.

(2) Der freiwillige Austritt kann jederzeit erfolgen. Er ist dem Vorstand schriftlich anzuzeigen.

(3) Der Vorstand kann Vereinsmitglieder ausschließen, wenn das jeweilige Vereinsmitglied

1. Vereinsmitgliedspflichten nach § 7 Abs. 4 verletzt oder
2. sich unehrenhaft verhält.

Rechte und Pflichten der Vereinsmitglieder

§ 7. (1) Die Vereinsmitglieder sind berechtigt,

1. an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen;
2. bei Erfüllung der Vorgaben des § 5 Abs. 1 Z 1 bis 3 die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen;

ausgenommen bei Ausschlussgründen nach Abs. 5.

(2) Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen nur zu

1. den ordentlichen Mitgliedern und
2. den Ehrenmitgliedern.

(3) Die Information über die geprüften Einnahmen- und Ausgabenrechnungen nach § 21 Abs. 4 dritter Satz des Vereinsgesetzes 2002 (VerG), BGBl. I Nr. 66, kann schriftlich, das heißt auf postalischem Wege, mittels Telefax, E-Mail (an die vom Vereinsmitglied dem Verein bekanntgegebene Anschrift, Telefax-Nummer oder E-Mail-Adresse) oder Nachricht über die Informations- und Austauschplattform im Internet, erfolgen.

(4) Die Vereinsmitglieder sind verpflichtet,

1. die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und
2. alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte, und
3. eine gültige E-Mail-Adresse zu besitzen und bekannt zu geben und
4. den Statuten, Datenschutzbestimmungen, Nutzungsbedingungen der Vereinswebsites, Beschlüssen der Vereinsorgane, sowie sonstigen festgelegten Vorgaben und Anweisungen des

Vereins und der nach § 12 Abs. 1 Z 9 ernannten Personen zuzustimmen und sie zu befolgen und

5. die nach § 10 Z 5 von der Generalversammlung festgesetzten Mitgliedsbeiträge zu entrichten,

jedoch zu Z 3 bis 5 nur die ordentlichen Mitglieder und die außerordentlichen Mitglieder.

(5) Die gesetzlichen Vertreter haften, soweit keine zwingenden gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen, für ihre Kinder. Die Teilnahme an Veranstaltungen im In- und Ausland und die Inanspruchnahme von Einrichtungen des Vereins durch minderjährige Mitglieder und andere Personen ist nur zulässig, wenn diese dazu körperlich und geistig in der Lage sind und keiner besonderen Aufsicht bedürfen, wobei diese Beurteilung und Umsetzung aufforderungslos den gesetzlichen Vertretern obliegt und sich der Verein im Falle fehlerhafter Beurteilungen schad- und klaglos hält. Der Verein schließt die Haftung für minderjährige Mitglieder und andere Personen bei Veranstaltungen im In- und Ausland und bei Inanspruchnahme von Einrichtungen des Vereins aus und stellt ihnen keine Aufsichtsperson zur Seite. Er kann die Teilnahme an Veranstaltungen im In- und Ausland und die Inanspruchnahme von Einrichtungen des Vereins durch minderjährige Mitglieder und andere Personen ohne Angabe von Gründen untersagen.

3. Abschnitt

Vereinsorgane

Allgemeines

§ 8. Organe des Vereins sind

1. die Generalversammlung,
2. der Vorstand,
3. die Rechnungsprüfer und
4. das Schiedsgericht.

Generalversammlung

§ 9. (1) Die Generalversammlung ist die „Mitgliederversammlung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002; im Rahmen des § 20 erster Satz VerG ist jedoch nur die ordentliche Generalversammlung die „Mitgliederversammlung“. Eine ordentliche Generalversammlung hat alle zwei Jahre stattzufinden, und zwar in einem der Monate Oktober, November, Dezember oder Jänner.

(2) Eine außerordentliche Generalversammlung hat binnen sechs Wochen – außer, wenn außergewöhnliche Umstände dies verhindern; in diesem Fall hat die außerordentliche Generalversammlung so bald wie möglich nach Ablauf der sechs Wochen stattzufinden – stattzufinden auf

1. Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung oder
2. Verlangen von mindestens einem Zehntel der Vereinsmitglieder gemäß § 5 Abs. 2 letzter Satz VerG oder
3. Verlangen der Rechnungsprüfer gemäß § 21 Abs. 5 erster Satz VerG oder
4. Einberufung durch die Rechnungsprüfer gemäß § 11 Abs. 4 erster Satz oder § 21 Abs. 5 letzter Satz VerG oder

5. Einberufung durch einen gerichtlich bestellten Kurator gemäß § 11 Abs. 4 letzter Satz.

(3) Folgende Anlässe begründen automatisch gleichzeitig einen Beschluss des Vorstands zur Anberaumung einer außerordentlichen Generalversammlung nach Abs. 2 Z 1:

1. Kooptierung eines oder mehrerer Vorstandsmitglieder nach § 11 Abs. 3;
2. Rücktritt eines oder mehrerer Vorstandsmitglieder nach § 11 Abs. 12 ohne Kooptierung;
3. Rücktritt eines oder beider Rechnungsprüfer;
4. die Anwendung des § 13 Abs. 4, wenn die Angelegenheit in den Wirkungsbereich der Generalversammlung fällt.

Der Beschluss kann jedoch entfallen, wenn eine ordentliche Generalversammlung nach § 9 Abs. 1 letzter Satz so anberaumt wurde oder wird, dass sie binnen sechs Wochen stattfindet.

(4) Sowohl zu den ordentlichen Generalversammlungen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Vereinsmitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin – außer, wenn außergewöhnliche Umstände erfordern, dass kurzfristiger als zwei Wochen vor dem Termin der Generalversammlung zu dieser eingeladen wird; in diesem Fall hat die Einladung so früh wie möglich zu erfolgen – schriftlich, das heißt auf postalischem Wege, mittels Telefax, E-Mail (an die vom Vereinsmitglied dem Verein bekanntgegebene Anschrift, Telefax-Nummer oder E-Mail-Adresse) oder Nachricht über die Informations- und Austauschplattform im Internet, einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Anberaumung hat zu erfolgen

1. in den Fällen der Abs. 1 letzter Satz und 2 Z 1 bis 3 durch den Vorstand;
2. im Falle des Abs. 2 Z 4 durch einen oder mehrere Rechnungsprüfer;
3. im Falle des Abs. 2 Z 5 durch einen gerichtlich bestellten Kurator.

(5) Anträge zur Generalversammlung haben mindestens drei Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich, das heißt auf postalischem Wege, mittels Telefax, E-Mail oder Nachricht über die Informations- und Austauschplattform im Internet, einzulangen.

(6) Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – dürfen nur zur Tagesordnung gefasst werden.

(7) Bei der Generalversammlung sind alle Vereinsmitglieder teilnahmeberechtigt. Das Stimm- und Wahlrecht stehen gemäß § 7 Abs. 2 nur den ordentlichen Mitgliedern und den Ehrenmitgliedern zu. Jedes stimmberechtigte Vereinsmitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann im Wege einer schriftlich an den Vorstand gerichteten, persönlich unterzeichneten Bevollmächtigung auf ein anderes stimmberechtigtes Vereinsmitglied übertragen werden.

(8) Die Generalversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der ordentlichen Mitglieder anwesend ist. Wenn die Generalversammlung nicht beschlussfähig ist, so hat sie erneut gemäß Abs. 4 anberaumt zu werden, wobei hinsichtlich des Termins der Generalversammlung Abs. 2 sinngemäß anzuwenden ist. Die erneut anberaumte Generalversammlung ist jedenfalls beschlussfähig.

(9) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung haben in der Regel mit relativer Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu erfolgen; Beschlüsse, mit denen die Statuten geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit

von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Gleichstand der Stimmen gilt ein Beschluss als nicht gefasst.

(10) Der Vorsitz in der Generalversammlung hat gemäß § 13 Abs. 5 und 7 durch den Obmann oder, bei dessen Verhinderung, einen dessen Stellvertreter zu erfolgen.

Aufgaben der Generalversammlung

§ 10. Der Generalversammlung sind – vorbehaltlich der Anwendung des § 13 Abs. 4 bei Gefahr in Verzug – folgende Aufgaben vorbehalten:

1. Beschlussfassung über den Voranschlag;
2. Entgegennahme und Genehmigung eines Rechenschaftsberichts und Genehmigung der geprüften Einnahmen- und Ausgabenrechnungen;
3. Wahl und Enthebung des gesamten Vorstands oder einzelner seiner Mitglieder, Enthebung einzelner oder aller Rechnungsprüfer und nachträgliche Genehmigung oder Ablehnung kooptierter Vorstandsmitglieder;
4. Entlastung des Vorstands;
5. Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge für ordentliche Mitglieder und für außerordentliche Mitglieder;
6. Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
7. Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins, ausgenommen bei freiwilliger Auflösung des Vereins nach § 17 Abs. 2;
8. Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung der Generalversammlung stehende Fragen.

Vorstand

§ 11. (1) Der Vorstand ist das „Leitungsorgan“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Er hat aus mindestens drei, höchstens sieben Mitgliedern (im Folgenden: Vorstandsmitglieder) zu bestehen, und zwar mindestens aus

1. Obmann,
2. Obmann-Stellvertreter und
3. Kassier.

Die Anzahl der Vorstandsmitglieder ist durch die Generalversammlung zu bestimmen.

(2) Der Vorstand ist gemäß § 10 Z 3 von der Generalversammlung zu wählen.

(3) Der Vorstand kann bei Ausscheiden eines gewählten Vorstandsmitglieds an dessen Stelle ein anderes gemäß § 7 Abs. 2 wählbares Vereinsmitglied kooptieren, wozu die Genehmigung nach § 10 Z 3 in der jeweils nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Die Kooptierung bewirkt automatisch gleichzeitig die Anwendung des § 9 Abs. 3. Die Kooptierung ist sofort wirksam; eine etwaige Ablehnung durch die Generalversammlung gemäß § 10 Z 3 ist mit dem Zeitpunkt der Ablehnung wirksam. Die Funktionsperiode des Vorstands nach Abs. 5 erster Satz bleibt unberührt.

(4) Fällt der gesamte Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so sind die Rechnungsprüfer, einzeln oder gemeinsam, verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zwecke der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen, bei der der an Jahren älteste anwesende Rechnungsprüfer den Vorsitz führt. Sollten auch

die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes Vereinsmitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat, bei der eine vom bestellten Kurator bestimmte Person den Vorsitz führt.

(5) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt zwei Jahre; Wiederwahl ist möglich. Die Funktionen der gemäß § 11 Abs. 1 zweiter Satz mindestens vorgesehenen Vorstandsmitglieder sind von natürlichen Personen auszuüben. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.

(6) Der Vorstand ist schriftlich einzuberufen

1. vom Obmann oder
2. vom Obmann-Stellvertreter im Falle der Verhinderung des Obmanns oder
3. von jedem sonstigen Vorstandsmitglied im Falle der unvorhersehbar langen Verhinderung des Obmanns und des Obmann-Stellvertreters.

(7) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn

1. alle Vorstandsmitglieder schriftlich, das heißt auf postalischem Wege, mittels Telefax, E-Mail (an die vom Vorstandsmitglied dem Verein bekanntgegebene Anschrift, Telefax-Nummer oder E-Mail-Adresse) oder Nachricht über die Informations- und Austauschplattform im Internet, eingeladen wurden und
2. mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist.

(8) Die Beschlussfassungen im Vorstand haben mit relativer Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu erfolgen. Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Obmanns den Ausschlag. Das Stimmrecht kann im Wege einer schriftlich an den Vorstand gerichteten, persönlich unterzeichneten Bevollmächtigung auf ein anderes Vorstandsmitglied übertragen werden.

(9) Der Vorsitz im Vorstand hat gemäß § 13 Abs. 5 und 7 durch den Obmann oder, bei dessen Verhinderung, einen dessen Stellvertreter zu erfolgen.

(10) Die Funktion eines Vorstandsmitglieds erlischt durch

1. Tod oder Verlust der Rechtspersönlichkeit oder
2. Ablauf der Funktionsperiode nach Abs. 5 erster Satz ohne Wiederwahl oder
3. Enthebung nach Abs. 11 oder
4. Rücktritt nach Abs. 12.

(11) Eine Enthebung durch die Generalversammlung gemäß § 10 Z 3 ist jederzeit möglich; sie tritt mit Wahl des neuen Vorstands beziehungsweise Vorstandsmitglieds in Kraft. Die Funktionsperiode des Vorstands nach Abs. 5 erster Satz bleibt unberührt, sofern nicht der gesamte Vorstand enthoben wird.

(12) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich, das heißt postalisch, mittels Telefax, E-Mail oder Nachricht über die Informations- und Austauschplattform im Internet, ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist im Falle des Rücktritts einzelner Vorstandsmitglieder an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Die Funktionsperiode des Vorstands nach Abs. 5 erster Satz bleibt unberührt, sofern nicht der gesamte

Vorstand zurücktritt. Die Erklärung des Rücktritts bewirkt automatisch gleichzeitig die Anwendung des § 9 Abs. 3. Der Rücktritt wird erst wirksam

1. mit Wahl eines oder mehrerer Vorstandsmitglieder durch die Generalversammlung gemäß § 10 Z 3 oder mit Kooptierung eines Nachfolgers gemäß Abs. 3 erster und dritter Satz im Falle des Rücktritts einzelner Vorstandsmitglieder oder
2. mit Wahl des Vorstands durch die Generalversammlung gemäß § 10 Z 3 im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands.

Die Notwendigkeit der Genehmigung einer Kooptierung in der jeweils nächstfolgenden Generalversammlung gemäß Abs. 3 erster Satz in Verbindung mit § 10 Z 3 bleibt unberührt.

Aufgaben des Vorstands

§ 12. (1) Dem Vorstand kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten oder das Vereinsgesetz 2002 einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

1. Erstellung eines Rechenschaftsberichts und eines Voranschlags;
2. Vorbereitung und Anberaumung der Generalversammlung in den Fällen des § 9 Abs. 1 letzter Satz und 2 Z 1 bis 3;
3. Verwaltung des Vereinsvermögens;
4. Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins;
5. Ausschluss von Ehrenmitgliedern und Antrag auf Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
6. Information der Vereinsmitglieder über freiwillige Auflösung des Vereins nach § 17 Abs. 2;
7. Aufnahme von ordentlichen Mitgliedern und außerordentlichen Mitgliedern, erstmalige Festlegung der Art der Mitgliedschaft bei ordentlichen Mitgliedern und außerordentlichen Mitgliedern, etwaige Neufestlegungen der Art der Mitgliedschaft bei ordentlichen Mitgliedern und außerordentlichen Mitgliedern und Ausschluss von ordentlichen Mitgliedern und außerordentlichen Mitgliedern;
8. Aufbau, Betrieb und Weiterentwicklung der virtuellen Fluglinie oder Fluglinien;
9. Ernennung und Enthebung von Personen, welche mit Aufgaben aus Z 7 und 8, sowie mit sonstigen Aufgaben, die der Unterstützung des Vereins dienen, betraut werden und für diese Aufgaben handlungsfähig sind.

(2) Die Erledigung schwebender Angelegenheiten, die sich aus den Aufgaben des Abs. 1 ergeben, sowie der Beschluss auf Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung nach § 9 Abs. 2 Z 1, können jederzeit und außerhalb des Rahmens des formell einberufenen Vorstands erfolgen. Dabei kann auf informelle Abstimmungsgespräche, wie etwa mittels Telefon, E-Mail, SMS, Foren oder Nachricht über die Informations- und Austauschplattform im Internet, zurückgegriffen werden. Im Innenverhältnis bedürfen diese Erledigungen der nachträglichen Genehmigung durch den jeweils nächsten formell einberufenen Vorstand.

(3) Abs. 2 trifft sowohl bei Erledigung durch den Vorstand als auch durch nach Abs. 1 Z 9 ernannte Personen gleichermaßen zu.

Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

§ 13. (1) Der Obmann hat die laufenden Geschäfte des Vereins zu führen. Der Obmann-Stellvertreter hat den Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte zu unterstützen.

(2) Der Obmann vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschrift des Obmanns, in Geldangelegenheiten (vermögenswerte Dispositionen) des Obmanns und des Kassiers.

(3) Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten beziehungsweise für ihn zu zeichnen, dürfen ausschließlich gemäß Abs. 2 zweiter Satz erteilt werden.

(4) Bei Gefahr im Verzug kann der Obmann auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen treffen und handeln; im Innenverhältnis bedarf dies der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan. Falls die Angelegenheit in den Wirkungsbereich der Generalversammlung fällt, bewirkt dies automatisch gleichzeitig die Anwendung des § 9 Abs. 3; falls die Angelegenheit in den Wirkungsbereich des Vorstands fällt, hat der Vorstand binnen sechs Wochen – außer, wenn außergewöhnliche Umstände dies verhindern; in diesem Fall hat der Vorstand so bald wie möglich nach Ablauf der sechs Wochen zu tagen – zu tagen. Bei Angelegenheiten, die die äußeren Rechtsverhältnisse des Vereins betreffen, hat der Obmann besondere Gewissenhaftigkeit, Umsicht und Sorgfalt walten zu lassen.

(5) Der Obmann hat den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand zu führen.

(6) Der Kassier ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.

(7) In allen Fällen der Abs. 1 bis 6 haben im Falle der Verhinderung an die Stelle des jeweils verhinderten Vorstandsmitglieds die restlichen gemäß § 11 Abs. 1 zweiter Satz mindestens vorgesehenen Vorstandsmitglieder in der Reihenfolge Obmann, Obmann-Stellvertreter, Kassier zu treten.

Rechnungsprüfer

§ 14. (1) Zwei Rechnungsprüfer sind gemäß § 5 Abs. 5 vierter Satz VerG von der Generalversammlung für die Dauer von zwei Jahren auszuwählen; Wiederwahl ist möglich. Die Funktion als Rechnungsprüfer ist persönlich auszuüben.

(2) Für die Rechnungsprüfer gelten die Bestimmungen des § 11 Abs. 10 bis 12 hinsichtlich des Erlöschens der Funktion sinngemäß. Eine Kooptierung von Rechnungsprüfern ist nicht zulässig.

Schiedsgericht

§ 15. (1) Das Schiedsgericht ist die „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff der Zivilprozessordnung, RGBl. Nr. 133/1895. Es ist zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten berufen.

(2) Das Schiedsgericht hat sich aus drei Vereinsmitgliedern zusammensetzen. Es ist derart zu bilden, dass ein Streitteil dem Vorstand ein ordentliches Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft zu machen hat. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen hat der andere Streitteil innerhalb von vierzehn Tagen seinerseits ein ordentliches Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft zu machen. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen haben die

namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer vierzehn Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts zu wählen. Bei Uneinigkeit hat unter den zwei Vorgeschlagenen das Los zu entscheiden. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.

(3) Das Schiedsgericht hat seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit relativer Stimmenmehrheit zu fällen. Es hat nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

4. Abschnitt

Beendigung des Vereins

Allgemeines

§ 16. Die Beendigung des Vereins ist der Austrian Airlines AG, Head of Community Marketing, anzuzeigen.

Freiwillige Auflösung

§ 17. (1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann gemäß § 10 Z 7 in Verbindung mit § 9 Abs. 9 erster Satz von der Generalversammlung mit einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.

(2) Ein entsprechendes Verlangen der Austrian Airlines AG oder eines ihrer Bevollmächtigten bewirkt jedenfalls und unverzüglich die freiwillige Auflösung des Vereins, worüber der Vorstand gemäß § 12 Abs. 1 Z 6 die Vereinsmitglieder zu informieren hat.

(3) Die Generalversammlung hat – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen hat, soweit dies möglich und erlaubt ist, einer Organisation zuzufallen, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie der Verein verfolgt, sonst karitativen Zwecken.

By-laws of the association
Austrian Virtual Airlines – Verein zum Betrieb virtueller Fluglinien
(By-laws)

Section 1

General

Name, registered office, field of activity, financial year, miscellaneous

§ 1. (1) The name of the association is “Austrian Virtual Airlines – Verein zum Betrieb virtueller Fluglinien” (hereinafter referred to as “the Association”).

(2) The Association is registered in Vienna, Austria, and is active throughout Austria and, in individual cases, throughout the world.

(3) A formation of branch associations is not envisaged.

(4) The financial year of the Association is defined as the period from 1 January to 31 December of the same year.

(5) Where these by-laws refer to provisions of federal laws, such laws will be applicable as amended.

(6) In the event of discrepancies between the English version of these by-laws and the German version of these by-laws, the German version will be the sole authentic version and will prevail.

Purpose

§ 2. The purpose of the Association, which is a non-profit organisation, is the establishment, operation and development of one or several virtual airlines. A virtual airline within the framework of the present by-laws is a platform by means of which persons simulate the operation of an airline. The purpose of the Association is in particular the simulation of the operation of the airlines of Austrian Airlines AG, focussing on the simulation of the flight operations by means of flight simulation software on a computer. The Association is responsible for the design of the platform.

Means to achieve the purpose of the Association

§ 3. (1) The purpose of the Association is to be achieved by means of the material and non-material means specified in para. 2 and 3. The means specified below are neither mandatorily cumulative nor necessarily exhaustive.

(2) Non-material means comprise:

1. operation of an information and exchange platform on the internet (website, forum);
2. processing of personal data, in particular for the purposes of statistical processing, disclosure and comparison between members of the Association;

3. promotion of online flying on the VATSIM network;
4. definition of requirements (rules) for the operation of the virtual airline or airlines;
5. provision of the means necessary to operate the virtual airline or airlines (flight plans, configuration files for programmes);
6. provision of knowledge resources (wiki, manuals);
7. support by means of various platforms (helpdesk, forum);
8. organisation of events (informal meetings of the Association, guided tours).

(3) The necessary material means are to be obtained by way of:

1. grants and donations;
2. legacies;
3. loan of goods;
4. entrance and membership fees.

Section 2

Membership

Types of membership

§ 4. (1) The members of the Association (hereinafter referred to as “the Members”) are divided into

1. full members;
2. associate members;
3. honorary members.

(2) Full members are members who are fully involved in the work of the Association and who are not honorary members. Associate members are members who register with one or several of the Association’s platforms and who are neither full members nor honorary members. Honorary members are persons who are nominated as such for special services to the Association.

Becoming a Member

§ 5. (1) Only individuals who meet the following requirements are eligible for full or associate membership:

1. declaration of the intent to join on one of the Association’s internet platforms by way of registration (disclosure of data), and
2. possession and indication of a valid e-mail address, and
3. acceptance of and compliance with the by-laws, privacy policy, terms and conditions of the Association’s websites, resolutions of the Association’s bodies, and other specified requirements and instructions of the Association and the persons appointed pursuant to § 12 para. 1 no. 9, and
4. payment of the entrance fee defined by the General Assembly pursuant to § 10 no. 5.

(2) The provisions of § 12 para. 1 no. 7 and 9, para. 2 and 3 apply. Admission and redefinition of the type of membership, if applicable, may be refused without giving any reason.

(3) In accordance with § 10 no. 6, honorary membership may be granted by the General Assembly upon request by any Member.

(4) In accordance with § 12 para. 1 no. 5 in conjunction with § 10 no. 6, the honorary membership may be withdrawn by the General Assembly upon request by the Executive Board. Individuals whose honorary membership is withdrawn, but who otherwise fulfil the requirements of § 5 para. 1 no. 1 to 3 and who wish to use the Association's facilities automatically become associate members.

Termination of membership

§ 6. (1) Membership ends upon

1. death or loss of the legal personality, or
2. voluntary withdrawal pursuant to para. 2, or
3. exclusion pursuant to para. 3.

(2) Voluntary withdrawal is possible at any time. The Executive Board must be notified thereof in writing.

(3) The Executive Board may exclude any Member if such Member

1. violates obligations as Member of the Association pursuant to § 7 para. 4, or
2. behaves dishonourably.

Rights and obligations of Members

§ 7. (1) The Members are entitled

1. to participate in any events of the Association;
2. to use the facilities of the Association, provided that they meet the requirements of § 5 para. 1 no. 1 to 3;

except in case of reasons for exclusion pursuant to para. 5.

(2) Only

1. full members and
2. honorary members

are granted voting rights in the General Assembly and both active and passive suffrage.

(3) The Members may be notified of the audited revenue and expenditure accounts pursuant to § 21 para. 4 third sentence of the Vereinsgesetz 2002 (VerG), BGBl. I Nr. 66 (Austrian Act on Associations and Societies 2002, VerG, Federal Law Gazette I no. 66), in writing, i.e. by post, telefax, e-mail (to the address, fax number or e-mail address indicated by the Member to the Association), or by notification via the online information and exchange platform.

(4) The Members are obligated

1. to promote the interests of the Association to the best of their ability, and
2. to avoid any action that could likely damage the reputation and purpose of the Association, and
3. to possess and indicate a valid e-mail address, and
4. to accept and comply with the by-laws, privacy policy, terms and conditions of the

Association's websites, resolutions of the Association's bodies, and other specified requirements and instructions of the Association and the persons appointed pursuant to § 12 para. 1 no. 9, and

5. to pay the membership fees defined pursuant to § 10 no. 5 by the General Assembly, whereas no. 3 to 5 apply only for full members and associate members.

(5) Unless otherwise stipulated in mandatory statutory provisions, the respective legal representatives are responsible for their children. Minor Members and other persons may participate in events in Austria and abroad and use the facilities provided by the Association only if they are physically and mentally fit to do so and do not require special supervision; the legal representatives are responsible for the respective assessment and implementation without prompting, and in the case of wrong assessments, the Association must be indemnified and held harmless. The Association excludes any liability for minor Members and other persons participating in events in Austria and abroad and using the facilities provided by the Association, and will not provide any supervisor for them. It may enjoin minor Members and other persons from participating in events in Austria and abroad and from using the facilities provided by the Association without giving any reason.

Section 3

Bodies of the Association

General

§ 8. The bodies of the Association are

1. the General Assembly,
2. the Executive Board,
3. the auditors, and
4. the arbitration panel.

General Assembly

§ 9. (1) The General Assembly is the "Mitgliederversammlung" within the meaning of the Vereinsgesetz 2002; pursuant to § 20 first sentence VerG, only the ordinary General Assembly is considered a "Mitgliederversammlung". The ordinary General Assembly must take place every two years, either in October, November, December, or January.

(2) An extraordinary General Assembly must be held within six weeks – unless this is impossible due to extraordinary circumstances, in which case the extraordinary General Assembly must take place as soon as possible after this six-week period – upon

1. resolution of the Executive Board or the ordinary General Assembly, or
2. request by at least one tenth of the Members in accordance with § 5 para. 2 last sentence VerG, or
3. request of the auditors in accordance with § 21 para. 5 first sentence VerG, or
4. convocation by the auditors in accordance with § 11 para. 4 first sentence or § 21 para. 5 last sentence VerG, or
5. convocation by a court-appointed trustee in accordance with § 11 para. 4 last sentence.

(3) The following events automatically give rise to a resolution of the Executive Board to convoke an extraordinary General Assembly pursuant to para. 2 no. 1:

1. co-option of one or several members of the Executive Board pursuant to § 11 para. 3;
2. resignation of one or several members of the Executive Board pursuant to § 11 para. 12 without co-option;
3. resignation of one or both auditors;
4. application of § 13 para. 4 if the matter falls within the sphere of responsibility of the General Assembly.

The resolution may be dispensed with if an ordinary General Assembly pursuant to § 9 para. 1 last sentence has been or is convoked in such a way as to take place within the following six weeks.

(4) For both ordinary General Assemblies and extraordinary General Assemblies, all Members must be invited in writing, i.e. by post, telefax, e-mail (to the address, fax number or e-mail address indicated by the Member to the Association), or by notification via the online information and exchange platform, at least two weeks prior to the date of such assembly, except if extraordinary circumstances require an invitation to the General Assembly less than two weeks prior to the date of such assembly, in which case the invitation must be sent at the earliest possible date. The General Assembly must be convoked indicating the agenda. It must be convoked

1. by the Executive Board in the cases indicated in para. 1 last sentence and 2 no. 1 to 3;
2. by one or several auditors in the case indicated in para. 2 no. 4;
3. by a court-appointed trustee in the case indicated in para. 2 no. 5.

(5) Motions to the General Assembly must be submitted to the Executive Board in writing, i.e. by post, telefax, e-mail or by notification via the online information and exchange platform three days prior to the date of the General Assembly at the latest.

(6) Valid resolutions – with the exception of resolutions on a motion for the convocation of an extraordinary General Assembly – may only be passed on the agenda.

(7) All Members are entitled to participate in the General Assembly. In accordance with § 7 para. 2, voting rights and suffrage are granted only to full members and honorary members. Every Member with voting rights has one vote. The voting right may be transferred to another Member with voting rights by way of a written proxy signed in person and submitted to the Executive Board.

(8) The General Assembly has a quorum if at least half of the full members are present. If the General Assembly does not reach a quorum, it must be convoked again in accordance with para. 4, para. 2 being applicable by analogy with respect to the date of the General Assembly. The newly convoked General Assembly will in any case be deemed quorate.

(9) As a rule, all elections and resolutions within the framework of the General Assembly have to be passed with a relative majority of the valid votes cast; however, resolutions intended to amend the by-laws or dissolve the Association will require a qualified majority of two thirds of the valid votes cast. In the event of a tie, the resolution must be deemed not passed.

(10) The General Assembly must, in accordance with § 13 para. 5 and 7, be chaired by the chairman or, if the chairman is unavailable, by his or her deputy.

Tasks of the General Assembly

§ 10. The following tasks are incumbent upon the General Assembly – subject to § 13 para. 4 in the case of imminent danger:

1. resolution on the preliminary budget;
2. receipt and approval of an activity report and approval of the audited revenue and expenses accounts;
3. election and dismissal of the entire Executive Board or individual members of the same, dismissal of some or all the auditors, and subsequent approval or refusal of co-opted members of the Executive Board;
4. discharge of the Executive Board;
5. definition of the entrance fee and the membership fees for full members and associate members;
6. grant and withdrawal of honorary membership;
7. resolution on amendments of the by-laws and the voluntary dissolution of the Association, except in the case of a voluntary dissolution of the Association pursuant to § 17 para. 2;
8. discussion and resolution on other issues on the agenda of the General Assembly.

Executive Board

§ 11. (1) The Executive Board is the “Leitungsorgan” within the meaning of the Vereinsgesetz 2002. It must consist of no less than three and no more than seven members (hereinafter referred to as “the Executive Board Members”), including at least

1. a chairman,
2. a deputy chairman and
3. a treasurer.

The number of Executive Board Members must be defined by the General Assembly.

(2) The Executive Board must be elected by the General Assembly in accordance with § 10 no. 3.

(3) In the case of retirement of an elected Executive Board Member, the Executive Board may co-opt another Member eligible in accordance with § 7 para. 2 in their place; the approval pursuant to § 10 no. 3 must be obtained at the following General Assembly. Such a co-option automatically entails the application of § 9 para. 3. The co-option is effective immediately; in the case of a refusal by the General Assembly in accordance with § 10 no. 3, such refusal is effective as of the date of the refusal. The term of office of the Executive Board pursuant to para. 5 first sentence remains unaffected.

(4) If the entire Executive Board is incapacitated indefinitely or for an unforeseeable period of time, without the possibility of supplemental co-option, the auditors must, individually or together, convoke an extraordinary General Assembly for the purpose of electing a new Executive Board without undue delay; this General Assembly must be chaired by the oldest auditor present. If the auditors are incapacitated as well, any Member who recognises the emergency must request the appointment of a trustee at the competent court without undue delay; this trustee must immediately convoke an extraordinary General Assembly, which must be chaired by a person nominated by the trustee.

(5) The term of office of the Executive Board is two years; re-election is possible. The

functions of the minimum Executive Board Members according to § 11 para. 1 second sentence must be exercised by individuals. Any function on the Executive Board must be exercised in person.

(6) The Executive Board must be convoked in writing

1. by the chairman, or
2. by the deputy chairman if the chairman is unavailable, or
3. by any other Executive Board Member if both the chairman and the deputy chairman are unavailable for an unforeseeable period of time.

(7) The Executive Board has a quorum if

1. all the Executive Board Members have been invited in writing, i.e. by post, telefax, e-mail (to the address, fax number or e-mail address indicated by the Executive Board Member to the Association), or by notification via the online information and exchange platform, and
2. at least half of the Executive Board Members are present.

(8) Resolutions of the Executive Board have to be passed with a relative majority of the valid votes cast. Each Executive Board Member has one vote; in the event of a tie, the chairman will have the casting vote. The voting right may be transferred to another Executive Board Member by way of a written proxy signed in person and submitted to the Executive Board.

(9) The Executive Board must, in accordance with § 13 para. 5 and 7, be chaired by the chairman or, if the chairman is unavailable, by one of his or her deputies.

(10) The function of an Executive Board Member ends upon

1. death or loss of the legal personality, or
2. expiry of the term of office pursuant to para. 5 first sentence without re-election, or
3. dismissal pursuant to para. 11, or
4. resignation pursuant to para. 12.

(11) Dismissal by the General Assembly in accordance with § 10 no. 3 is possible at any time; it becomes effective as of the election of the new Executive Board or Executive Board Member. The term of office of the Executive Board pursuant to para. 5 first sentence remains unaffected unless the entire Executive Board is dismissed.

(12) The Executive Board Members may submit their resignation in writing, i.e. by post, telefax, e-mail or by notification via the online information and exchange platform, at any time. In the case of the resignation of individual Executive Board Members, the resignation must be addressed to the Executive Board, in the case of the resignation of the entire Executive Board, it must be addressed to the General Assembly. The term of office of the Executive Board pursuant to para. 5 first sentence remains unaffected unless the entire Executive Board resigns. Upon resignation, § 9 para. 3 automatically applies. The resignation does not become effective until

1. in the case of the resignation of individual Executive Board Members, one or several Executive Board Members have been elected by the General Assembly in accordance with § 10 no. 3, or a successor has been co-opted in accordance with para. 3 first and third sentence, or
2. in the case of the resignation of the entire Executive Board, the Executive Board has been elected by the General Assembly in accordance with § 10 no. 3.

The necessity of approval of a co-option at the following General Assembly according to para. 3 first sentence in conjunction with § 10 no. 3 remains unaffected.

Tasks of the Executive Board

§ 12. (1) The Executive Board is responsible for any and all tasks that are not assigned to another body of the Association according to the by-laws or the Vereinsgesetz 2002. Its sphere of responsibility includes the following matters in particular:

1. preparation of an activity report and a preliminary budget;
2. preparation and convocation of the General Assembly in the cases indicated in § 9 para. 1 last sentence and para. 2 no. 1 to 3;
3. management of the Association's assets;
4. hiring and dismissal of employees of the Association;
5. exclusion of honorary members and request for withdrawal of the honorary membership;
6. notification of the Members of the voluntary dissolution of the Association pursuant to § 17 para. 2;
7. admission of full members and associate members, initial definition of the type of membership for full members and associate members, redefinition of the type of membership for full members and associate members, if necessary, and exclusion of full members and associate members;
8. establishment, operation and development of the virtual airline or airlines;
9. appointment and dismissal of persons who are entrusted with tasks under no. 7 and 8 as well as other tasks to support the Association and who are entitled for fulfilling these tasks.

(2) Pending transactions resulting from the tasks pursuant to para. 1, as well as the resolution regarding the convocation of an extraordinary General Assembly pursuant to § 9 para. 2 no. 1, may be executed at any time and outside the framework of the formally convoked Executive Board meetings, using informal means of coordination, such as telephone, e-mail, text messages, forums or notification via the online information and exchange platform. Internally, such transactions require the subsequent approval at the following formally convoked Executive Board meeting.

(3) Para. 2 applies both for actions taken by the Executive Board and by persons appointed pursuant to para. 1 no. 9.

Responsibilities of individual Executive Board Members

§ 13. (1) The chairman manages the Association's current operations. The deputy chairman must support and assist the chairman with the management of the Association's operations.

(2) The chairman represents the Association vis-à-vis third parties. Written statements of the Association require the chairman's signature to be valid, in financial matters (disposition of assets) the signature of the chairman and the treasurer.

(3) Transactional power to represent the Association vis-à-vis third parties or to sign on its behalf may only be granted in accordance with para. 2 second sentence.

(4) In case of imminent danger, the chairman may give instructions and act under his or her own responsibility even in matters that fall into the sphere of responsibility of the General Assembly or the Executive Board; internally, this requires the subsequent approval of the competent body of the Association. If the matter falls into the sphere of responsibility of the General Assembly, § 9 para. 3

automatically applies; if the matter falls into the sphere of responsibility of the Executive Board, the Executive Board must hold a meeting within six weeks – if this is impossible due to extraordinary circumstances, the Executive Board must meet as soon as possible after this six-week period. In matters relating to the Association’s external legal relationships, the chairman must apply particular diligence and care.

(5) The chairman chairs the General Assembly and the Executive Board.

(6) The treasurer is responsible for the Association’s proper conduct in financial matters.

(7) In all cases indicated in para. 1 to 6, if the respective Executive Board Member is unavailable, the other Executive Board Members according to § 11 para. 1 second sentence will take the place of the unavailable member, in the order chairman, deputy chairman, treasurer.

Auditors

§ 14. (1) The General Assembly must, in accordance with § 5 para. 5 fourth sentence VerG, choose two auditors for a term of two years; re-election is possible. The function of auditor must be exercised in person.

(2) The provisions of § 11 para. 10 to 12 regarding the termination of the function apply by analogy for the auditors. Co-option of auditors is not admissible.

Arbitration panel

§ 15. (1) The arbitration panel is the “Schlichtungseinrichtung” within the meaning of the Vereinsgesetz 2002, not a “Schiedsgericht” (arbitral tribunal) pursuant to §§ 577 et seq. of the Zivilprozessordnung, RGBI. Nr. 133/1895 (Austrian Code of Civil Procedure, Empire's Law Gazette no. 133/1895). It is responsible for settling any disputes arising from the Association.

(2) The arbitration panel must consist of three Members. It must be constituted as follows: One party in the dispute must nominate a full member as arbitrator in writing to the Executive Board. Upon request by the Executive Board within seven days, the other party in the dispute must in turn nominate a full member as arbitrator in writing within fourteen days. Following notification by the Executive Board within seven days, the nominated arbitrators must elect a third full member as chairman of the arbitration panel within fourteen days. In the case of a disagreement, the choice between the two proposed persons must be made by cast of lots. The members of the arbitration panel must not belong to a body – except the General Assembly – whose activity is the subject-matter of the dispute.

(3) The arbitration panel must make its decision with a relative majority after hearing both parties in the presence of all its members. It must decide to the best of its knowledge and belief. Its decisions are final within the Association.

Section 4

Termination of the Association

General

§ 16. Austrian Airlines AG, Head of Community Marketing, must be notified of the termination of the Association.

Voluntary dissolution

§ 17. (1) A voluntary dissolution of the Association can, in accordance with § 10 no. 7 in conjunction with § 9 para. 9 first sentence, be decided by the General Assembly with a qualified majority of two thirds of the valid votes cast.

(2) A corresponding demand of Austrian Airlines AG or one of its authorised representatives results in the immediate voluntary dissolution of the Association in any case, and the Executive Board must, in accordance with § 12 para. 1 no. 6, notify the Members thereof.

(3) If the Association has assets, the General Assembly must decide on their liquidation. It must in particular appoint a liquidator and resolve whom such liquidator must transfer any assets of the Association remaining after the settlement of any liabilities to. As far as possible and permitted, such assets must be assigned to an organisation with the same or a similar purpose as the Association, or else to charitable purposes.